Beschluss Freiwilligendienste ausbauen, anerkennen und modernisieren!

Antragsteller*in: Thomas Schaefer (KV Erfurt)
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

Freiwilligendienste stärken den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und sind eine besonders wertvolle Form des bürgerschaftlichen Engagements. Junge aber auch Menschen aller Generationen können sich hier einerseits ausprobieren und andererseits für das Gemeinwohl und eine aktive Gesellschaft einsetzen. Allerdings sind Freiwilligendienste auf politische Rahmenbedingungen angewiesen, die diese attraktiv und für jede und jeden zugänglich machen. Zudem muss es darum gehen, dass Freiwilligendienste sinnstiftend sind und die Demokratie stärken sowie sozialen Zusammenhalt fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen setzen sich dafür ein, diesen Anspruch zu verwirklichen.

Die Jugendfreiwilligendienste (Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Freiwilliges Kulturelles Jahr und freiwilliges Politisches Jahr) haben sich auch in Thüringen gut etabliert. Es sind Bildungs- und Orientierungsjahre, in denen man gleichzeitig Verantwortung übernimmt und gemeinwohlorientiert handelt. Für uns kommt es darauf an, dass bei der Ausgestaltung der Freiwilligendienste, weniger die finanziellen Zwänge, sondern vielmehr die Interessen der Freiwilligen und eine gute Begleitung dieser im Vordergrund stehen.

In Thüringen engagieren sich jährlich etwa 1.000 junge Menschen in einem Jugendfreiwilligendienst, etwa 1.300 Personen übernahmen 2021 einen Bundesfreiwilligendienst (BFD). Es ist allerdings festzustellen, dass die BFD-Stellen in Thüringen seit 2018 um etwa 1/5 zurückgegangen sind. Daher braucht es dringend eine neue Offensive, um Freiwilligendienste bekannter zu machen und attraktiver auszugestalten.

Schon in der Schulzeit sollten allen die Möglichkeit eines Freiwilligendienstes vorgestellt und nahegebracht werden. Viele wissen nämlich gar nichts über die geltenden Rahmenbedingungen und vielfältigen Einsatzmöglichkeiten.

Trotz des verzeichneten Rückgangs gibt es vor allem in den Bereichen der Freiwilligendienste Kultur, Politik und des ökologischen Jahres meist mehr Bewerbungen als Plätze verfügbar sind. Wir setzen uns für die höhere Bereitstellung an Bundesmitteln zur Schaffung weiterer Plätze unter Achtung der Qualitätskriterien ein. Auch auf diese Weise soll in Zukunft mehr Menschen ermöglicht werden sich mit einem Freiwilligenjahr einzubringen.

Für uns steht ganz grundsätzlich fest, dass Einsatzstellen im Freiwilligendienst kein Ersatz für reguläre Arbeitsplätze sein dürfen. Freiwillige dürfen nicht als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Freiwilligendienste stattdessen weiterhin als echtes Lern- und Bildungsangebot anerkannt werden sowie eine Form des freiwilligen Engagements bleiben. Um das sicherzustellen und Freiwilligendienste auch in Zukunft unabhängig von wirtschaftliche Zwängen anzubieten, setzen wir uns für eine größere staatliche Beteiligung an den Geldern für die Freiwilligen, um übermäßige Belastungen für Einsatzstellen zu vermeiden, ein.

Freiwilligendienste sollen alle Menschen ansprechen und allen Menschen möglich sein. Deshalb sind Zugangshürden dringend abzubauen. Das Recht auf Teilhabe und Inklusion gilt es auch in den Freiwilligendiensten zu garantieren. Deswegen ist der Mehrbedarf für Freiwillige mit besonderen Bedarfen oder Assistenzen abzusichern. In diesem Sinne sollten Freiwilligendienste auch jungen Menschen mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen offenstehen. Deshalb wollen wir Freiwilligendienste auch in Teilzeit ermöglichen.

Eine weitere große Zugangshürde stellt die Finanzierung eines Freiwilligenjahres dar. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Freiwilligendienste in Thüringen besser ausfinanziert werden, damit sich junge Menschen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern engagieren können. Ein Taschengeld von 150 Euro im Monat sowie eine Pauschale von 150 Euro im Monat für Unterkunft und Verpflegung reichen dafür jedenfalls nicht aus. In anderen Bundesländern wird längst mehr bezahlt und das Taschengeld im Bundesfreiwilligendienst ist mit 430 Euro auch nach der geplanten Erhöhung auf 350€ im nächsten Jahr deutlich höher. Deswegen wollen wir die Taschengeldsätze in Thüringen endlich anheben - eine Gleichstellung mit den Sätzen im BFD wäre hier ein guter Schritt. Doch auch dann sind Freiwilligendienste noch eine finanzielle Zumutung, die viele Personen ausschließt, die sich nicht auf Unterstützung und finanzielle Sicherheit beispielsweise durch deren Eltern verlassen können. Das Taschengeld muss existenzsichernd werden! Wir als Bündnis90/GRÜNE Thüringen setzen uns dafür ein, dass das Taschengeld im folgenden Schritt einheitlich auf das Leistungsniveau des geplanten Bürgergelds angehoben wird.

Des Weiteren braucht es eine Erneuerung der Berechnung der Wohnkosten: Statt einer Pauschale von derzeit 75 Euro bei Freiwilligen, die keine Unterkunft zur Verfügung gestellt bekommen können, sollte es eine am örtlichen Wohnungsmarkt orientierte Auszahlung geben. Vorstellbar wäre ein am Median der örtlichen Miete orientierter Betrag.

Um den Freiwilligen genug Zeit für Reflexion, Weiterbildung etc. im Alltag zu ermöglichen, schlagen wir eine Reduzierung der Regelarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden wöchentlich vor. Zudem sollte die Zahl der freien Bildungstage erhöht werden.

Freiwilligendienste sollen ihrem Verständnis nach als zentralen Wert bürgerschaftliches Engagement wertschätzen und vermitteln. Dem widerspricht in gewisser Weise die Arbeitsauslastung einer 40h/35h Woche, die grade in Kontrast zu schulischen oder studentischen Lebensweisen wenig Zeit für weiteres Engagement über die Einsatzstelle hinaus lassen. Für politisches oder gesellschaftliches Engagement in Vereinen, Intiativen oder der Freiwilligenvertretung sollten Freiwillige bis zu einem bestimmten Umfang von bspw. 5h/Woche freigestellt werden. Die Kosten sollten über den Träger durch den Staat übernommen werden.

Wichtig ist die professionelle Begleitung der Freiwilligendienste, zu der beispielsweise auch die regelmäßigen Seminarangebote gehören. Ein Freiwilligendienst kann immer nur so gut sein wie die professionelle Struktur dahinter. Zur Überprüfung der Anforderungen der Freiwilligendienste an Einsatzstellen und die Begleitung der Freiwilligen durch den Träger müssen diese, insbesondere personell, adequat ausgestattet werden. Die Begleitung durch die Träger sollte an den individuellen Bedürfnissen der Freiwilligen orientiert

sein. Um dies zu gewährleisten müssen die Träger angemessen Personal und Raum einplanen.

Die Digitalisierung wird auch für die Freiwilligendienste immer wichtiger. Deswegen sollte auch die Förderung adäquat angepasst werden und digitale pädagogische Begleitung ebenso wie das Antrags-, Bewerbungs- und Vermittlungsverfahren, die Öffentlichkeitsarbeit und ein systematische Ehemaligenmanagement, um den Übergang in ein weiterführendes Engagement nachhaltig zu gestalten.

Wir Grüne machen uns darüber hinaus dafür stark, die Kostenheranziehung für junge Erwachsene im SGB VIII abzuschaffen. Außerdem darf das Taschengeld nicht auf die Grundleistung für Arbeitssuchende angerechnet werden. Auch damit wird das Engagement der Freiwilligen besser anerkannt.

Nach dem Motto "Freie Fahrt für Freiwillige" als Anerkennung und Wertschätzung des Engagements wollen wir mittelfristig kostenfreie Tickets für Bus und Bahn in Thüringen ermöglichen.

Wichtig scheint uns zudem die Anerkennung von Freiwilligendiensten auch für den weiteren Bildungsweg. Teils werden Freiwilligendienste bereits in einzelnen Bereichen als Praktikum oder als Wartesemester in der Studienplatzvergabe berücksichtigt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Erfahrungen und das Wissen, dass in einem Freiwilligendienst gesammelt wird breiter anerkannt und bei weiteren Ausbildungen angerechnet oder in Hinsicht auf die Ausbildungsdauer berücksichtigt wird. Auch die Anerkennung als Wartesemester soll sich allgemein durchsetzen.

Die Freiwilligendienste sind ein wichtiges Element einer demokratischen Zivilgesellschaft. Ihr wertorientiertes Verständnis als Bildungsjahr und Jahr des freiwilligen Engagements mit einem klaren Fokus auf die Freiwilligen selbst und ihren Platz in der Gesellschaft sind wertvoll und unterstützenswert. Wir sind uns bewusst, dass für eine an den Qualitätskriterien orientierte Durchführung der Freiwilligendienste die Grundsätze der Arbeitsmarktneutralität und der professionellen pädagogischen Begleitung besonders zentral sind.

Die Forderung nach einer allgemeinen Dienstpflicht oder gar Wehrpflicht steht diesen Zielen und Grundsätzen entgegen. Bündnis90/DieGrünen Thüringen lehnen solche Forderungen strikt ab und setzen uns stattdessen für die aufgeführten Verbesserungen für Freiwilligendienste ein, um in Zukunft mehr Menschen einen guten Freiwilligendienst zu ermöglichen.

Begründung

Der Antrag ist in weiten Teilen selbsterklärend, wenn es Rückfragen gibt könnt ihr sie uns gerne stellen. Einige der angesprochenen Punkte im Antrag sind Bundeskompetenzen. Da das zuständige BMFSFJ (Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) aktuell ein Grün geführtes Ministerium ist, sind die Forderungen als Beitrag zu einer innerparteilichen und öffentlichen Diskussion auch über Landeskompetenzen hinaus sinnvoll.

Unterstützer*innen

Grüne Jugend Thüringen (beschlossen 25.05.2022); Astrid Rothe-Beinlich (KV Erfurt); Tino Gaßmann (KV Unstrut-Hainich); Tobias Born (KV Weimar-Stadt); Jorina Deeters (KV Erfurt); Lina Kornmüller (KV Erfurt); Stephan Ostermann (KV Ilm-Kreis); Natalie Pydde (KV Erfurt); Marius Prellwitz (KV Erfurt); Susanne Martin (KV Saale-Holzlandkreis); David Maicher (KV Erfurt); Leonard Winter (KV Weimar-Stadt); Luis Schäfer (KV Gera); Ann-Sophie Bohm (KV Weimar-Stadt); Nico Paul (KV Erfurt); Enja Knipper (KV Weimar-Stadt); Justus Heuer (KV Jena)